

Aus Bern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die PUK 2, zur Untersuchung der Unstimmigkeiten im allzusehr gehüteten Geheimbereich des EMD, hat ihren Bericht abgeliefert. Anschliessend an die Skandalbereiche im EJPD zeigt sich nicht unerwartet im EMD ein undemokratischer Sumpf, der noch lange seine Trockenlegung erwarten muss. Die SPS hat mit aller Deutlichkeit Stellung genommen. Wir wollen in unserer Demokratie nicht länger irgendwelche Gladiatoren, Geheimarmisten, Geheimdienstler, Telefonabhörer oder unkontrollierte Nachrichtensammler dulden. Wir wollen eine Landesregierung, die sich gegen den Staat im Staat mit sich selbstbeauftragenden Geheimbeamten durchsetzen kann. Und wir verlangen ein selbstbewusstes Parlament, das sich nicht gefallen lässt, wenn Bundesgelder für ungesetzliche Zwecke "organisiert" werden. Die aktuellen Aufdeckungen sind uns Anlass, mit der Demokratie ernst zu machen, und den Augiasstall ausmisten zu helfen.



Wahlen in Zug: Zuerst schöne SP-Erfolge in den Gemeinden, allen voran in Zug und dann ein Linksrutsch auf Kantonsebene. Besonders erfreulich, dass das *SP-Kombi Rosemarie Rossi und Dolfi Müller* den konservativen CVP-Ständerat, Gewerbeboss und

Verwaltungsratssammler Markus Kündig vom hohen Ross kippen konnten. Und noch erfreulicher: Alle für den Kantonsrat kandidierenden *SP-Frauen* haben die Wahl geschafft. Von einem Mandat steigerten sie sich somit auf vier Kantonsrätinnen. Die SP-Frauenförderung trägt ihre Früchte. Höchste Zeit.



Der Bundesrat hat damit offensichtlich etwas mehr Mühe. Ein Entwurf für ein *Gleichstellungsgesetz* – 1991 werden wir 10 Jahre Volksmehr für den Gleichstellungsartikel feiern können – ruht tief in der EJPD-Schublade von Bundespräsident Arnold Koller. Grund genug für eine Resolution des Parteivorstands vom 17. November. Darin fordert die SPS, Koller solle die Schublade nicht nur öffnen, sondern ihren Inhalt subito dem Parlament zu Beratung und Beschluss zuleiten.



In einem Europa-Manifest, das im Frühling vom Parteitag der SP Schweiz beraten und verabschiedet werden muss, fordert der SPS-Parteivorstand Beitrittsverhandlungen der Schweiz zur EG.

Am sozialen Schaltpult der Schweiz blinken immer mehr rote Warnsignale auf. Man beginnt zu erkennen, muss zu erkennen beginnen, dass auch in der wohlhabenden Schweiz Menschen in Armut leben. Nach den Untersuchungen im Tessin und in der Stadt Biel, nach den Publikationen zur gesamtschweizerischen Situation durch SAH, Caritas, VPOD, hat es ein zweiter Kanton unternommen, seine Armen zu zählen. Die Ergebnisse der soeben publizierten Neuenburger Untersuchung sind erschütternd: ein Sechstel der Bevölkerung muss mit weniger als 13'000 Franken im Jahr leben. Mehrheitlich sind es Frauen, die unten durch müssen: Hungerlöhne, mangelnde Unterstützung bei Mutterschaft, Arbeitslosigkeit sind die Gründe. Die prekäre Lage verschlechtert sich im Alter zwangsläufig zusätzlich, so dass unter der älteren Armutsbevölkerung wiederum die Frauen übervertreten sind.

Massnahmen werden allenthalben vorgeschlagen: zum Beispiel im Buch "Gegen Armut"* oder auch von den Autoren der Neuenburger Studie. Was die spezifische und stärkere Betroffenheit der Frauen anbetrifft, so gedenkt die Zentrale Frauenkommission an einer Tagung vom 2. Februar 1991 in Olten, die Richtlinien der zukünftigen Aktion festzunageln. Alle Parteimitglieder, ob Mann oder Frau, sind herzlich dazu eingeladen.**

Eva Ecoffey
SPS-Zentralsekretärin

* Christine Goll, "Gegen Armut", Anleitungen für Praxis und Politik, 1990, Bezugsquelle SAH, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 01 - 271 26 00.

** Tagung Frauenarmut in der Schweiz vom 2. Februar 1991, Anmeldungen an Christine Pinz, SPS-Sekretariat, Postfach, 3001 Bern, Telefon 031 - 24 11 15.